**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes

Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 2 (1961)

Heft: 27

Rubrik: Die Welt letzte Woche

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 03.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Sowjetische Aufrüstung

Um seine Version eines Friedensvertrages mit Deutschland durchzudrücken hat Chruschtschew die militärische Aufrüstung erneut angekurbelt und verlangt jetzt gebieterisch eine Konferenz mit den Staatsoberhäuptern des westlichen Lagers, an welcher das Schicksal der Stadt im Sinne der sowjetischen Vorschläge im Interesse des Friedens angenommen zu werden hätte.

der Militärakademie in Moskau, erklärte der Parteisekretär, die seit langem angekündigte Reduktion der sowietischen Streitkräfte sei verschoben worden (dabei war sie nach sowietischen Angaben fortlaufend vollzogen worden). Im Gegenteil habe er angesichts der steigenden Nato-Rüstung den Entschluss gefasst, die Verteidigungsausgaben dieses Jahr zu erhöhen. Was Berlin nach dem Willen des sowjetischen Machthabers zu erwarten hätte, gab Chruschtschew deutlich zu erkennen: «Jeder Entscheid über Westberlin muss der Tatsache Rechnung tragen, dass es im Herzen eines souveränen Staates liegt, und dass alle seine Verbindungswege zur Aussenwelt über das Territorium dieses Staates führen.»

### In Ulbrichts Jargon

Der SBZ-Parteichef hatte zuvor seinen «Friedensplan» dargelegt, in welchem unter anderem folgende Formulierungen

## Am Rande ...

Ein Wohnbau-Skandal, in welchem der Ministerpräsident verwickelt war, führte in Finnland zum Rücktritt der Regierung Sukselainen. Der Skandal, der auch Statspräsident Kekkonen und seine Agrarpartei kompromittiert, steht im Vorfeld der nächstjährigen finnischen Präsidentschaftswahlen.

Nun hat auch Israel eine Rakete abgeschossen, die eine Höhe von 87 Kilometern erreichte.

Tschombé ist nach seiner Freilassung wieder in den katangischen Separatismus zurückgefallen. Rückkehr zur kongolesischen Normalität — leider.

Im tschechoslowakischen Dukla kamen bei einem Grubenbrand 108 Personen ums Leben.

Die Begehung des 10. deutschen evangelischen Kirchentags wurde in Ostberlin «im Interesse des Friedens polizeilich verboten.

Der kubanische Botschafter für Indien und Ceylon hat sich von Castro losgesagt und ersuchte um politisches Asyl in Venezuela.

Redaktionsschluss: 10. Juli

In seiner Rede vor Absolventen der Militärakademie in Moskau, erklärte der Parteisekretär, die seit langem angekündigte Reduktion der sowjetischen Streitkräfte sei verschoben worden (dabei war sie nach sowjetischen Angaben fortlaufend vollzogen worden). Im Gegenteil habe er angesichts der steigenden Nato-Rüstung den Entschluss gefasst, die Verteidigungsausserbaben vorkommen: «Schaffung eines militärisch neutralen Deutschlands… Die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition übernehmen die Garantie für die Unverletzlichkeit dieser Neutralität... Jegliche Kriegs- und Revancheropaganda (d. h. ausserhabe der SBZ) ist untersagt. Alle nazistischen, militärisch neutralen Deutschlands… Die Hauptmächte der verletzlichkeit dieser Neutralität... Jegliche Kriegs- und Revancheropaganda (d. h. ausserhabe der SBZ) ist untersagt. Alle nazistischen Organisationen (lies alle nicht

kommunistischen) und Verbände zerstreut. Die Regierung ersind verboten...» klärte, die Urheber der Van-

#### Zu schwache Nato

In Washington wurde eine kürzliche Erklärung General Norstads veröffentlicht, in welcher der Nato-Oberbefehlshaber die Bilanz über die Stärke der Nato-Truppen zog. «Die Kräfte der Atlantik-Allianz könnten sich wohl während einer beschränkten Zeit halten», wird darin ausgeführt, «sind aber ungenügend, um ihrer Verantwortung voll gerecht zu werden.» Auch fordert Norstad: «Die Zeit ist gekommen, da die Alliierten ihre Stärke steigern müssen, um Nikita Chruschtschew zu veranlassen, sich sein Vorgehen in der Berlin-Frage zu überlegen.

# Isolierter de Gaulle aufnahme der Verwischen Paris un

De Gaulles seinerzeit recht ultimativ formulierte Drohung auf eine Teilung Algeriens, falls sich der FLN nicht zu Konzessionen an die französischen Forderungen in bezug auf garantierte Stellung der Europäer in Algerien und die Sahara-Bewirtschaftung bereitfinde, vermochte wenig Eindruck zu erwecken. Die algerischen Aufständischen organisierten einen grossen Streik, der in ganz Algerien weitgehend befolgt wurde und zahlreiche blutige Zwischenfälle mit sich brachte.

Starke Unterstützung erhielt die Provisorische Regierung aus Tunesien, das seinerseits einen Streik in der Zone von Bizerta, dem französischen Flottenstützpunkt, in Szene setzte, um seinen Ansprüchen auf diesem Gebiet Nachdruck zu verleihen. Anzeichen liessen darauf schliessen, dass Tunis es auf bewaffnete Zwischenfälle ankommen lassen würde.

Ferhat Abbas, GPRA-Regierungschef, weilte zu einem viertägigen Besuch in Rabat, wo ihm König Hassan 2 im Namen Marokkos die volle Unterstützung aller algerischen Forderungen bescheinigte. In einem gemeinsamen Communiqué wurde jeder Versuch einer Teilung des algerischen Territoriums verurteilt.

Irak stellte den Aufständischen wiederum finanzielle Mittel für ihren Kampf zur Verfügung, wobei Kassem anscheinend hofft, die Gelder dank dem Oel aus Kuweit zurückzugewinnen.

De Gaulle wird seine Stellungnahme am Mittwoch in einer seiner berühmten Reden an die Nation bekanntgeben. Wie immer sie ausfallen möge — der französische Staatschef schien Ende der Woche auf der Suche nach weniger abrupten Formulierungen zu sein — wird eine Lösung doch erst nach Wieder-

aufnahme der Verhandlungen zwischen Paris und der Provisorischen Regierung Aussicht auf Verwirklichung haben.

Frankreich hat immer noch innenpolitisch mit den Schwierigkeiten der Bauernunruhen mitsamt den erforderlichen wirtschaftlichen Massnahmen zur Sicherung der Lage viel zu tun und wird durch den Zweifrontenkampf schwer belastet.

## Mao prominent

Sowohl das Verhältnis der Sowjetunion als auch der Vereinigten Staaten zur chinesischen Volksrepublik stehen lebhaft zur Diskussion. Chruschtschews Memorandum über Peking (KB Nr. 26) verführt allerdings dazu, jede Aeusserung im «revisionistischen» oder im «doamatischen» Lager als eine wichtige Stellungnahme in der ideologischen Auseinandersetzung zu sehen, die ja schon seit geraumer Zeit auch um die Einflussgebiete in Asien und Afrika geht. Dass der Westen nom sicher vorhandenen Streit profitiert, darauf deutet vorläufig nichts hin.

Die USA sind jetzt bereit, das kommunistische China neben Nationalchina (Taiwan) als Uno-Mitglied zuzulassen. Auch hat Washington die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik in Vorbereitung genommen.

## Vorerst Demonstrationen

In der Dominikanischen Republik ist die Opposition bereits so stark geworden, dass sie in der Hauptstadt Ciudad Trujillo eine Grosskundgebung veranstalten konnte. 2000 Personen demonstrierten gegen die Regierung, wurden allerdings durch die Polizei, die zahlreiche Verhaftungen vornahm, bald

zerstreut. Die Regierung erklärte, die Urheber der Vandalenakte (es wurden Gebäude in Brand gesteckt) seien in Kuba ausgebildete Kommunisten. Diese Aussage würde Trujillo jun. so oder so gemacht haben. Ob sie zutrifft oder nicht wird sich zeigen, wenn sich die Opposition nicht mehr mit Kundgebungen begnügt.

## Das Ölscheichtum

Kuweit stand im Mittelpunkt erhitzter Debatten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Kassems Ansprüche auf das erst kürzlich unabhängig gewordene Fürstentum fanden allerdings trotz seines Ausspielens der «Kolonialistenkarte» gegen Grossbritannien nicht einmal die Unterstützung der Kommunisten. China hat Kuweits Unabhängigkeit anerkannt, und die Sowietunion begnügte sich damit, die britische «Militärintervention» (die Entsendung von Truppen war auf ein Verlangen Kuweits erfolgt) zu verdammen, ohne aber im jibrigen die irakischen Forderungen zu unterstützen.

Inzwischen erklärte sich Kuweit zu Verhandlungen mit Irak bereit, und London beschloss, seine Truppenbestände im Krisengebiet zu reduzieren. Kuweits Tragik: Gar zu klein für so schöne Wertsachen.

## Südkoreas Krise

In Südkorea ist unter der herrschenden Militärjunta Machtkampf ausgebrochen, dem Tschang Do Yung zum Opfer gefallen ist, der an der Spitze der «Regierung» gestanden hatte, die im Frühling durch einen Putsch die Herrschaft an sich gerissen hatte, nachdem das vorhergehende Regime offensichtlich Zeichen von Korruption hatte erkennen lassen. Neuer sarker Mann ist Pak Tschung Hi, der bisher weniger im Rampenlicht gestanden hatte.

Tschang wurde nach seinem Sturz unter der Anklage verhaftet, ein Komplott gegen die übrige Junta geschmiedet zu haben. Mit ihm wurden noch zahlreiche weitere Personen festgenommen.

Es scheint somit, dass auch das neue Regime, auf welches man mangels einer Alternative einige Hoffnungen setzen konnte, mehr autoritär als stark war. Unterdessen haben Nordkorea

und die Sowjetunion einen Freundschafts- und Zusammen- arbeitspakt geschlossen, zusammen mit einem Abkommen über gegenseitige Hilfe. Moskau erklärte darin, es werde jede Aggression gegen Nordkorea als Aggression gegen sich selber betrachten.